

## **Allgemeine Vorbemerkungen**

Die Stadt Mülheim hat sich dem Grundsatz: „Null Toleranz bei Gewalt!“ verschrieben, was auch bedeutet, dass alle Ämter und Einrichtungen gewaltfreie Orte sein sollen. Hierfür werden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um das Auftreten von Gewaltvorfällen und Gefährdungen zu reduzieren oder im besten Fall zu vermeiden.

Die Vergabe von Sicherheitsdienstleistungen für die verschiedenen Gebäude der Stadtverwaltung ist einer dieser Maßnahmen, um die Sicherheit in den Bereichen zu erhöhen und eine schnelle Reaktion bei möglichen Vorkommnissen sicherzustellen.

Bei dieser Ausschreibung handelt es sich um die Vergabe eines Rahmenvertrags, auf dessen Grundlage einzelne Aufträge vergeben werden können. Die Vergabe über einen Rahmenvertrag ermöglicht eine flexible Anpassung der Dienstleistung an die sich immer wieder verändernde Gegebenheiten und Erfordernissen in der Stadtverwaltung.

Die Aufträge können, je nach Einsatzgebiet, verschiedene Anforderungen an die durchzuführenden Dienstleistungen stellen. Das Leistungsverzeichnis gibt einen Überblick, welche Anforderungen im Rahmen der Aufträge angefordert werden können.

### Forderung eines ortsfesten Büros

Die Forderung nach einem ortsfesten Büro in max. 50 km Umkreis ergibt sich aus den besonderen Anforderungen des Auftrags und kann nicht durch das bloße Vorhandensein von abrufbarem Personal erfüllt werden.

Es muss die Möglichkeit bestehen, dass bei möglichen Konflikten mit dem eingesetzten Personal auch kurzfristig persönliche Ansprechpersonen (Vorgesetzte) vor Ort sein können.

Ebenfalls ist die Bereitstellung der Handscanner zu beachten, welche ggf. kurzfristig zum Einsatz kommen müssen. Hierfür sind die schnelle Erreichbarkeit und ggf. Abholung durch das eingesetzte Personal sicher zu stellen, gerade auch bei einem Ausfall eines Geräts.

Um vor diesem Hintergrund aber einen größtmöglichen Wettbewerb auch für regional neue Bieter\*innen zu schaffen, wurde vorab darauf Wert gelegt, dass ein entsprechendes Büro mit Personal erst nach Zuschlagserteilung bereitgehalten werden muss. Auf diese Weise ist kein\*e Bieter\*in in irgendeiner Form gezwungen, schon im Vergabeverfahren erhebliche Investitionen zu tätigen.

Forderung einer Zertifizierung nach VDS 3138-1 und 3138-2 für Notruf- und Serviceleitstellen

Es wird darauf hingewiesen, dass Zertifizierungsanforderungen ausdrücklich als Nachweise der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit gemäß §§ 46 III Nr. 3, 49 I VgV anerkannt sind. Mögliche immanente Einschränkung des Wettbewerbs werden daher vergaberechtlich ausdrücklich für zulässig erachtet, denn Zertifizierungen erlauben es insoweit einen EU-weit vergleichbaren, objektiven Qualitätsstandard für Arbeitsabläufe und organisatorische Prozesse bei der Erbringung von Dienstleistungen zu definieren, deren Einhaltung von einer unabhängigen Stelle zertifiziert wird.

Die Entscheidung darüber, ob und welche Zertifizierungsnachweise gefordert werden, liegt allein im Ermessen des öffentlichen Auftraggebers/der öffentlichen Auftraggeberin. Das Beschaffungsselbstbestimmungsrecht erlaubt es, die auszuschreibende Leistung frei nach seinen/ihren individuellen Vorstellungen zu bestimmen.

Eignungsnachweise müssen nach § 122 IV GWB auf den konkreten Auftrag bezogen sein. Da die geforderten Zertifizierungen einen Qualitätsstandard im Objektschutz definieren, wird hierdurch eine tatsächlich funktionierende 24/7 Erreichbarkeit mit geschultem, fachlich kompetentem Personal sichergestellt. In Ausnahmesituationen muss gewährleistet sein, dass das Personal handlungsfähig ist und umgehend reagieren kann. Die geforderte Zertifizierung ist daher ein Teil des vom öffentlichen Auftrag verfolgten Gesamtkonzepts.

Insofern ein Bieter die geforderten Zertifizierungen nach VDS 3138-1 und 3138-2 für Notruf- und Serviceleitstellen nicht aufweisen sollte, so wird vorsorglich auf die Ausnahmen nach § 49 I VgV hingewiesen.